

# **Christliche Demokraten und Gewerkschaften**

- Unsere Grundsätze
- Unsere Kollegen

## Inhalt

	Seite
<b>Tarifautonomie — tragendes Element unserer Wirtschaftsordnung</b> .....	4
<b>Schon gewußt?</b> .....	4
<b>Vorstellung christlich sozialer Gewerkschafter:</b>	
<b>Rainer Eppelmann MdB</b> , Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) .....	5
<b>Heinz Adolf Hörsken MdB</b> , Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag .....	6
<b>Regina Görner</b> , Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) .....	7
<b>Fritz Kollorz</b> , Zweiter Vorsitzender der IG Bergbau und Energie (IGBE) .....	8
<b>Ingeborg Siegel</b> , Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg .....	9
<b>Brigitte Grosse</b> , Stellv. Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen .....	9
<b>Erwin Vitt</b> , Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall (IGM) .....	10
<b>Hermann Lutz</b> , Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) .....	11
<b>Hubert Gartz</b> , Stellv. Bundesvorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) .....	12
<b>Jürgen Radloff</b> , Generalsekretär der Internationalen Union der Gewerkschaft der Polizei (UISP) .....	13
<b>Peter Jansen</b> , Vorsitzender des Gewerkschaftsrates der DAG .....	14
<b>Gerhard Renner</b> , Mitglied des Bundesvorstands der DAG .....	15



**D**ie deutschen Gewerkschaften haben einen festen Platz in der Gesellschaft und der Wirtschaft unseres Landes. Diesen Platz haben sie sich in Jahrzehnten erkämpft. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind in den Gewerkschaften organisiert. Unter ihnen auch viele Christliche Demokraten. Sie schlagen heute täglich eine Brücke zwischen betrieblicher Interessensvertretung einerseits und CDU-Politik andererseits. Häufig sind sie aber leider in unseren eigenen Reihen unbekannt. Um Kontakte und Gespräche zu erleichtern, stellen wir hier einige hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen vor, die innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung Spitzenpositionen einnehmen.

Die Führung der CDU hat gerade in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit verstärkt Gespräche mit Gewerkschaftern geführt. Diesen Dialog wird die CDU zukünftig fortsetzen und ausbauen. Denn den Strukturwandel in Wirtschaft und Arbeitsmarkt, die Vollendung der deutschen Einheit im Innern und die Chance des Aufschwungs wollen wir gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften meistern.

Allen christlich-sozialen Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften, ob hauptamtlich oder nebenamtlich tätig, gilt von dieser Stelle der besondere Dank der CDU für ihren unermüdlichen engagierten Einsatz.

## CDU und Gewerkschaften

Nationalsozialismus, Krieg und Gewaltherrschaft waren auch Folge der Zersplitterung der demokratischen Kräfte in der Weimarer Republik. Aus der Erfahrung der Geschichte wissen wir: Ein festes Bollwerk gegen Radikalismus ist die Gemeinsamkeit der Demokraten innerhalb und außerhalb der Parteien.

Es gehört zu den Grundsatzentscheidungen der CDU, die Einheit der Gewerkschaften zu unterstützen. Wir wollen, daß in den Gewerkschaften Christliche Demokraten und Sozialdemokraten, deutsche und ausländische Arbeitnehmer, Christen und Nichtchristen gemeinsam an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Deutschland wirken und als starke gesellschaftliche Kraft ihre Rolle im Rahmen der Tarifautonomie wahrnehmen.

Das christlich-demokratische Bekenntnis zur „Einheitsgewerkschaft“ setzt jedoch die Bereitschaft aller Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre voraus, den Christlich-Sozialen in den Gewerkschaften einen angemessenen Raum einzuräumen. Der Bestand der Einheitsgewerkschaft setzt auch voraus, daß sich die Führungsebenen überparteilich verhalten und Partei für den Arbeitnehmer, nicht jedoch für eine einzelne politische Partei in Deutschland ergreifen.

Es gibt bemerkenswerte Beispiele dafür, daß dieser Konsens über Aufgaben und Strukturen der Gewerkschaften dauerhaft Bestand hat. Wer jedoch, etwa im Wahlkampf, einseitig zugunsten der einen oder anderen Partei Position bezieht, gefährdet diesen Grundkonsens.



## Tarifautonomie – Tragendes Element unserer Wirtschaftsordnung

Aus dem Grundrecht der Koalitionsfreiheit nach Art. 9, Abs. 3 GG folgt die Tarifautonomie, d. h. das Recht der Tarifparteien, unbeeinflusst von dritten, insbesondere vom Staat, die wesentlichen Arbeitsbedingungen autonom zu vereinbaren. Löhne und Gehälter, Arbeitszeiten, aber auch alle anderen wesentlichen Rahmenbedingungen der Arbeit werden in Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern festgelegt. Der Staat ist nur dann beteiligt, wenn er wie für den Öffentlichen Dienst selbst Arbeitgeber ist oder wenn der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer Rahmenbedingungen erfordert. Deshalb läßt z.B. das neue Arbeitszeitgesetz breiten Spielraum für die Arbeitszeitgestaltung im Rahmen der Tarifautonomie, der von Gewerkschaften und Arbeitgebern genutzt wird, und beschränkt sich im wesentlichen auf die Festlegung von Höchstarbeitszeiten und Mindestruhepausen sowie den Schutz der Sonntagsruhe.

Die rechtliche Ausgestaltung der Tarifautonomie findet ihren Niederschlag im Tarifvertragsgesetz. Nach diesem Gesetz sind „tariffähige Parteien“ die Gewerkschaften, nicht aber der einzelne Arbeitnehmer.

### Schon gewußt?

- Für rund 90 Prozent aller westdeutschen Arbeiter und Angestellten bestehen Tarifverträge. Anfang der 90er Jahre waren gut 30.000 Tarifverträge gültig. Pro Jahr werden rund 5.000 neue Tarifverträge geschlossen, die zum großen Teil alte Tarifverträge ersetzen.

*Wir alle wissen, daß nur starke Gewerkschaften die Interessen ihrer Mitglieder erfolgreich vertreten können, und es liegt im gesamtstaatlichen Interesse, daß Gewerkschaften Tarifverträge abschließen können und daß sie sie auch durchsetzen.*

*So verstanden sind Gewerkschaften immer ein Teil einer lebendigen Demokratie; sie sind ein wesentlicher Bereich der Sozialen Marktwirtschaft.*

*Deshalb brauchen wir — und das sage ich als einer, der in seinem Leben genug streitige Auseinandersetzungen auch mit dem DGB geführt hat — auch in Zukunft starke Gewerkschaften, die bereit und willens sind, Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft aktiv mitzugestalten.*

**Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem 15. Ordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 14. Juni 1994 in Berlin**



- Derzeit gelten rund 22.500 Verbandstarifverträge für etwa 20 Mio. Arbeitnehmer. Hierbei handelt es sich um Tarifverträge, die zwischen einem Arbeitgeberverband und einer Gewerkschaft abgeschlossen wurden.
- Firmentarifverträge („Haustarifverträge“) gibt es rund 8.000, die in 2.000 Unternehmen für etwa eine halbe Million Arbeitnehmer gültig sind.
- Von den abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland sind etwa zwei Fünftel gewerkschaftlich organisiert.
- Nicht nur Löhne und Arbeitszeiten sind Bestandteil von Tarifverträgen. Freiwillig vereinbarte Zusatzleistungen nehmen breiten Raum ein. Vereinbarungen etwa über Urlaub, Urlaubsgeld, Gratifikation, 13. Monatsgehalt, betriebliche Altersversorgung, Vermögensbildung machen die Hälfte der Lohnzusatzkosten aus. Wesentliche gesetzlich veranlaßte Personalzusatzkosten sind die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, bezahlte Feiertage, die Lohnfortzahlung bei Krankheit und der Mutterschutz.
- Was für die meisten Arbeitnehmer in Westdeutschland heute selbstverständlich ist, zählte Anfang der 70er Jahre keinesfalls zur sozialen „Normalausstattung“. Fast alle Arbeiter und Angestellte haben mittlerweile Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen durch den Betrieb, auf Weihnachtsgeld oder 13. Gehalt und auf Urlaubsgeld. Fast alle arbeiten heute tarifvertraglich abgesichert und auf Urlaubsgeld. Fast alle arbeiten heute tarifvertraglich abgesichert weniger als 40 Stunden in der Woche, und die überwiegende Mehrheit hat Anspruch auf einen sechswöchigen Jahresurlaub.

## Rainer Eppelmann MdB, Bundesvorsitzender der CDA

Rainer Eppelmann wurde 1943 in Berlin geboren. Bis 1961 besuchte er die Oberschule in West-Berlin. Der Mauerbau beendete diese Ausbildungsphase. Er mußte zunächst als Dachdecker-Hilfsarbeiter arbeiten, bevor er eine Maurerlehre begann. Als er das Gelöbnis verweigerte, wurde er mit acht Monaten Haft bestraft. Nach Verbüßen dieser Haft studierte er evangelische Theologie. 1974 wurde er Pfarrer in der Samariter-Gemeinde in Ost-Berlin. In Jugendgottesdiensten und Blues-Messen entwickelte Eppelmann neue Formen des Protestes gegen das totalitäre DDR-Regime. Er schuf einen Freiraum für Andersdenkende, ein Zentrum der Friedensbewegung, von Menschenrechtsgruppen und Ökologie-Initiativen.

Gemeinsam mit Regime-Kritiker Robert Havemann veröffentlichte Rainer Eppelmann 1982 den „Berliner Appell“ mit der Losung „Frieden schaffen ohne Waffen“. Im gleichen Jahr traf er mit Norbert Blüm zusammen, der ihn regelmäßig besuchte und frühzeitig für eine Arbeit in den CDU-Sozialausschüssen warb. Ähnliche Kontakte entwickelten sich mit Rita Süßmuth und Ulf Fink. 1989 gründete er den Demokratischen Aufbruch (DA) als die erste aus der Bürgerrechtsbewegung entstandene politische Partei. Zunächst unter Modrow, später unter de Maizière, ließ sich der Bürgerrechtler Rainer Eppelmann in die Regierungsverant-



wortung einbinden und gab so ein Signal, daß Wege aus dem Widerstand in die Verantwortung gefunden werden müssen, um eine neue demokratische Ordnung zu entwickeln. Als Abrüstungs- und Verteidigungsminister der nunmehr demokratischen DDR war er maßgeblich daran beteiligt, die Nationale Volksarmee aus dem Warschauer Pakt zu lösen und in die demokratische Bundeswehr zu überführen.

Nach dem Beitritt des DA zur Union forderte er alle Mitglieder auf, sich den CDU-Sozialausschüssen anzuschließen, um dort den sozialen und ökologischen Charakter der Volkspartei CDU zu stärken. Der ehemalige DA wird somit zur Keimzelle einer ostdeutschen Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Am 12. März 1992 berief der Deutsche Bundestag den Bundestagsabgeordneten Rainer Eppelmann zum Vorsitzenden der Enquête-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, deren Abschlußbericht Rainer Eppelmann am 17. Juni 1994 im Deutschen Bundestag einbrachte. Die CDA wählte ihn im März 1994 zu ihrem Bundesvorsitzenden. Er ist Mitglied der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden.

## **Heinz-Adolf „Adi“ Hörsken MdB, Vorsitzender der Arbeitnehmer- gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag**

Die „Maloche“ kennt Adi Hörsken aus eigenem Erleben. 1938 in Oberhausen als Kind einer Bergmannsfamilie geboren, führte ihn seine Berufswahl nach der Schule zunächst ins Bergwerk, wo er nach der Lehre über Jahre als Grubenschlosser arbeitete. Seine Tätigkeit als Jugendvertreter und Betriebsratsmitglied motivierte ihn schon recht früh zum Einsatz für die Belange der Arbeitnehmer im Betrieb und in der Gewerkschaft (IGBE / IGM), aber auch in der Katholischen Arbeitnehmerbewegung sowie in CDU und CDA.

Die durch elterliches Beispiel vermittelte soziale Grundeinstellung wurde hierdurch vertieft und bestimmte sein weiteres Leben: 1967 wurde er hauptamtlicher CDA-Bezirks-Sozialsekretär in Aachen; 1985 bestellte man ihn zum CDA-Hauptgeschäftsführer. 1990 zog Adi Hörsken als CDU-Abgeordneter des Kreises Groß-Gerau in den Bundestag ein. Dort wählte ihn die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dann 1994 zu ihrem Vorsitzenden.

Zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen sorgt sich Adi Hörsken um die Regelung jener anstehenden Probleme im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, die er hautnah aus eigener Erfahrung und bei vielen Betriebsbesuchen, in Gesprächen mit Gewerkschaftern und Unternehmen kennengelernt hat.

Im Rückblick auf die Leistungen der Fraktion und der CDU/CSU-geführten Regierung in den zurückliegenden Jahren (Deutsche Einheit, Ankurbelung der Wirtschaft, Pflegeversicherung u. a.) sieht Adi Hörsken auf eine stabile Zukunft der Menschen in unserem Land. Er kämpft um das Vertrauen der Arbeitnehmer für die CDU.



## Regina Görner, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands

Regina Görner wurde am 27. Mai 1950 in Trier geboren. Sie lebt seit vielen Jahren in Essen.

Bereits in ihrer zweiten Amtsperiode ist die christlich-soziale Gewerkschafterin Dr. Regina Görner im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand tätig.

Bis zu ihrer Wiederwahl auf dem DGB-Bundeskongreß im Juni 1994 war sie für die Bereiche Jugend und Öffentlicher Dienst/Beamte zuständig; seitdem hat sich ihr Verantwortungsbereich um die Themenfelder Bildungspolitik, Berufliche Bildung sowie Wissenschafts- und Kulturpolitik erweitert.

Regina Görner gehört zu den Gewerkschaftsfunktionären, die nicht den „Stallgeruch“ einer langen Gewerkschaftskarriere mitbringen und vielleicht gerade deshalb für die anstehenden Herausforderungen bestens gewappnet sind.

*Ich meine dies auch ganz ernst: Der DGB und seine Gewerkschaften sind und bleiben die politische Einheitsgewerkschaft. Darum brauchen wir die Mitarbeit und die aktive Mitwirkung von Menschen, die ihre politische Verankerung in der christlichen Soziallehre und ihre politische Heimat in der Christlich Demokratischen Union haben.*

**Dieter Schulte, Vorsitzender des DGB, Ansprache auf dem Parteien-Abend der CDU beim 15. ordentlichen Bundeskongreß des DGB am 15. Juni 1994 in Berlin**

Offenheit, Diskussionsfreude und eine unkonventionelle Herangehensweise sind typisch für ihre Arbeit, mit Menschen und politischen Herausforderungen umzugehen.

Von ihrer Tätigkeit beim Deutschen Gewerkschaftsbund war die promovierte Historikerin im Wissenschaftsbereich der Bochumer Ruhr-Universität beschäftigt, wo sie auch ihre Ausbildung zum Lehramt an Gymnasien absolvierte.

Ihr gesellschaftliches Engagement gehört in die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft und in die Junge Union, in die sie 1966 eintrat. Seit 1968 ist sie Mitglied der CDU und hat vor allem in der CDA in unterschiedlichen Funktionen über viele Jahre Politik mitgestaltet — zur Zeit als Mitglied des Bundesvorstandes.

Durch diesen Einsatz wurde wohl Prof. Dr. Rita Süßmuth auf Regina Görner aufmerksam und holte sie 1985 als persönliche Referentin ins Bundesministerium



für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Am Wechsel ins Bundestagspräsidium war sie noch beteiligt, bevor sie dann 1989 Gewerkschaftsfunktionärin bei der ÖTV wurde.

In der ÖTV-Bezirksverwaltung Hessen kümmerte sie sich um die Beschäftigten der Arbeitsverwaltung, der Energieversorgung und der Kirchen und ihrer Einrichtungen. Vor allem aber trug sie die Verantwortung für einen der wohl wichtigsten gewerkschaftlichen Tätigkeiten, die Tarifpolitik. Ein Tarifvertrag für den Bereich der Energieversorgungsunternehmen trägt ihre Unterschrift.

Trotz der ständig wachsenden Aufgaben und zunehmender Terminenge frönt sie weiter ihrer „lauten“ Leidenschaft: dem Singen. Seit Jahren singt sie die Altstimme im „Jungen Chor Aachen“ und gründete kürzlich einen reinen Frauenchor.

## **Fritz Kollorz, Zweiter Vorsitzender der IG Bergbau und Energie**

Gewerkschaftsarbeit und Politik gehören für Fritz Kollorz zusammen. Der 2. Vorsitzende der IG Bergbau und Energie gehört der CDU-Landtagsfraktion seit 1990 an. Neben der Energie- und Kohlepolitik bestimmen sozialpolitisches Engagement die Arbeit des 1945 in Essen als Sohn einer Bergarbeiterfamilie geborenen Kollorz. Bei der IG Bergbau und Energie leitet er den Vorstandsbereich Sozialpolitik. Außerdem ist er Vorstandsvorsitzender der Bundesknappschaft, also der Renten- und Krankenkasse der Bergleute sowie Vorsitzender des Genossenschaftsvorstandes der Bergbau-Berufsgenossenschaft, Träger der Unfallversicherung im Bergbau.

Seit 1984 ist der gelernte Bergmann, der nach dem Besuch der Volksschule acht Jahre auf der Essener Schachtanlage „Sälzer Amalie“ arbeitete, Vorsitzender der CDA-Sozialausschüsse im Kreis Recklinghausen sowie erster stellvertretender Landesvorsitzender der CDA Westfalen-Lippe und Mitglied im CDA-Bundesausschuss.

Schon nach seiner Ausbildung und Arbeit unter Tage, die auch durch seine Tätigkeit als Jugendsprecher geprägt wurde, kristallisierte sich sein sozialpolitisches Engagement immer mehr heraus. In den Jahren 1967 bis 1969 besuchte Fritz Kollorz das Katholisch-Soziale Institut in Bad Honnef und war Teilnehmer im arbeits- und sozialrechtlichen Seminar des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt.

1970 begann sein Werdegang bei der IG Bergbau und Energie, die ihn als Sozialrechtsschutzsekretär einstellte. Bis 1974 war er Rechtsschutzsekretär im Bezirk Recklinghausen. Von 1975 an war er Sekretär in der Hauptabteilung Sozialversicherung der IG Bergbau und Energie. 1983 wurde Kollorz Abteilungsleiter für Sozialversicherungsfragen. 1984 wurde er Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der IG Bergbau und Energie und verantwortlich für die Hauptabteilung Betriebspolitik, seit 1991 ist er 2. Vorsitzender.



**Ingeborg Siegel, Mitglied des  
Geschäftsführenden Vorstandes  
des DGB-Landesbezirks  
Baden-Württemberg**

Ingeborg Siegel wurde am 3. Dezember 1934 in Krefeld geboren. Sie begann ihre berufliche Laufbahn 1950 mit einer Ausbildung als Musterzeichnerin. Von 1953 bis 1963 war sie in diesem Beruf tätig. Danach begann sie eine werksinterne Ausbildung als Textillaborantin. Von dort aus führte sie von 1982 bis 1987 ihre berufliche Tätigkeit an die DGB-Bundesschule in Hattingen. Dort war sie pädagogische Mitarbeiterin und bildete sich gleichzeitig an der Universität Hannover, Bereich Arbeitswissenschaft weiter.

Seit Juli 1967 ist sie Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg, zuständig für Finanzen, Personal, Verwaltung, Frauen, Sozialpolitik, Arbeits- und Sozialrecht. Ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft hatte sie 1976 als Mitglied der Gewerkschaft GTB/ÖTV begonnen. 1989 wurde sie Mitglied des Rundfunkrates des Süddeutschen Rundfunks als Vertreterin der Frauen in den Gewerkschaften.

Seit Oktober 1993 ist sie Vorstandsvorsitzende der LVA Baden.

**Brigitte Grosse,  
Stellv. Vorsitzende des DGB-Landes-  
bezirks Nordrhein-Westfalen**

Brigitte Grosse wurde am 4. November 1941 im holsteinischen Neustadt geboren. Sie gehört zu jenen Frauen, die ihren eigentlichen Berufsweg aufnahmen, nachdem Ehe, Haushalt und die Erziehung ihres Sohnes dies ermöglichte.

Ihre berufliche Karriere führte sie von der Ebene der Bilanzbuchhalterin bis zur Chefsekretärin. 1981 schloß sie sich auf diesem Weg auch der DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) an und eröffnete sich hier einen zweiten Aktionsraum. Schon bald avancierte sie in ihrer Heimatstadt zur Vorsitzenden der HBV-Ortsverwaltung, zum Mitglied in der HBV-Bezirksverwaltung und zur HBV-Vertreterin im DGB-Kreisvorstand.

Als dritter — letztlich für ihren Aufstieg entscheidender — Bereich ist Frau Grosses Mitgliedschaft in der CDA anzusehen. Seit Oktober 1983 gehört sie dem CDA-Bundesvorstand an und war lange Jahre im CDA-Landesvorstand Niedersachsen aktiv. Ihr besonderes Engagement galt jedoch der CDA-Arbeitsgemeinschaft Berufstätiger Frauen.



Mit ihren beruflichen und politischen Vorkenntnissen wechselte Brigitte Grosse 1986 zum DGB — zunächst als Verwaltungsangestellte und dann als politische Sekretärin. Ihre Zuständigkeiten lagen neben dem Ressort Frauen auch in der Leitung einer DGB-Geschäftsstelle.

In ihrer Funktion als stellvertretende Landesvorsitzende, in die sie erstmals im November 1991 gewählt wurde, ist Brigitte Grosse ebenfalls die „Frauenpolitikerin“ neben ihren Zuständigkeitsbereichen Arbeiter, Angestellte, Beamte, Sozialpolitik und Ausländische Arbeitnehmer. Nach der Landesbezirkskonferenz im Dezember 1993 gehören zu ihrem Zuständigkeitsbereich zusätzlich die Aufgabengebiete Organisation, Finanzen, Personal, Rechtsschutz, Innere Verwaltung und Controlling.

Seit der Übernahme ihrer neuen Aufgaben im DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen lebt Brigitte Grosse in Ratingen.

## Erwin Vitt, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall

Seit dem 1.1.1992 ist Erwin Vitt geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Es war für ihn als Christlich-Sozialen nur konsequent, sich in die Pflicht nehmen zu lassen und für dieses Amt zu kandidieren. Als gelernter Industriekaufmann/Industriefachwirt hat er die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, gerade auch im Angestelltenbereich, kennengelernt. Seit 1971 ist er Mitglied der IG Metall. Als Abteilungsleiter bei der Krupp Stahl AG in Siegen hat sich Erwin Vitt zur Kandidatur in den Betriebsrat entschlossen, nachdem er als Vertrauensmann und Mitglied der Vertrauenskörperleitung der IG Metall einschlägige Erfahrungen gesammelt hatte.

Als freigestellter Betriebsrat und Mitglied der Ortsverwaltung Siegen wurde er 1986 ehrenamtliches Vorstandsmitglied der IG Metall. Daß er seit 1973 bzw. 1974 Mitglied der CDA und der CDU ist, entspricht seiner gesellschaftspolitischen Einstellung als Mitglied in der KAB und im Kolpingsverband. Trotzdem hält er sich mit notwendiger Kritik, auch an der CDU, nicht zurück. Bei einer Reihe von Unternehmern, aber auch Politikern, die ebenfalls der CDU/CSU angehören, erscheint ihm der Mensch als Person nicht immer das vorrangige Ziel der politischen Einflußnahme zu sein, so wie es die Katholische Soziallehre und die Evangelische Sozialethik fordern.

In den Bereichen, für die er als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall zuständig ist — Handwerk, Berufliche Bildung, Automation/neue Technologien/ Humanisierung der Arbeit — macht er leider immer wieder diese Erfahrung.

Sein Wunsch und Ziel ist es, das christlich-soziale Element als Verbindungsklammer zwischen IG Metall und CDU/CSU zu stärken.

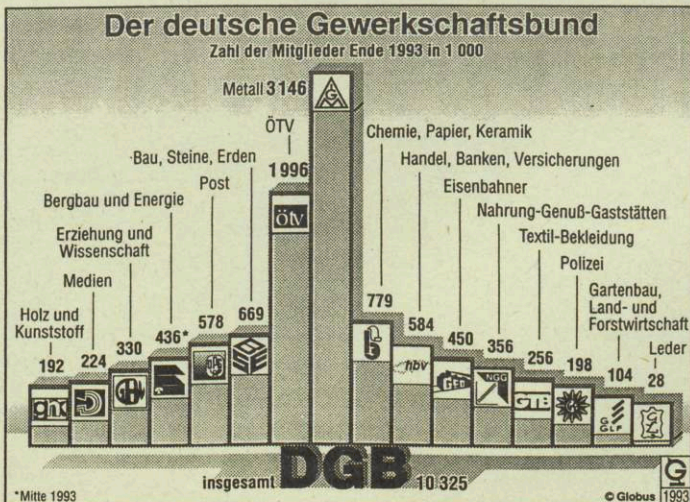


## Hermann Lutz, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Hermann Lutz (56), seit acht Jahren Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, gilt bei der interessierten Öffentlichkeit in parteipolitischer Hinsicht immer noch als „Ausnahme“: Er ist (immer noch) der erste und bisher einzige Vorsitzende einer DGB-Mitgliedsgewerkschaft, der der CDU angehört. Nicht, daß dies bei seiner Wahl 1986 in Mannheim eine Rolle gespielt hätte: er war und ist mit Leib und Seele Polizist und ebenso engagierter Gewerkschafter, der völlig unbestritten an der Spitze der GdP mit ihren rund 200.000 Mitgliedern steht. Er wurde im November 1994 auf dem 20. Ordentlichen Bundeskongreß der GdP erneut zum Vorsitzenden gewählt.

Der gebürtige Erfurter, im Rhein Hessischen aufgewachsen, kam 1957 zur Polizei des Landes Rheinland-Pfalz. Er absolvierte eine völlig normale Karriere bei der Polizei über den Kommissars- und Polizeiratslehrgang, vom Dienst im Wach- und Wechseldienst, über die Bereitschaftspolizei bis hin zu seiner jetzigen Funktion als Polizeidirektor und Dozent an der Fachhochschule in Koblenz.

Das gewerkschaftliche Engagement führte von der Mitarbeit im Fachausschuß Schutzpolizei im Landesbezirk Rheinland-Pfalz über die Wahl zum Landesbezirksvorsitzenden auf die GdP-Bundesebene: 1981 wurde er zum stv. Bundesvorsitzenden der GdP gewählt, ehe er 1986 an die Spitze der GdP trat. 1989 wurde





Hermann Lutz zum Präsidenten der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP) gewählt und vertritt damit die Interessen von rund 400.000 Polizeibeschäftigten in 17 europäischen Berufsorganisationen der Polizei.

Hermann Lutz, seit 1968 Mitglied der CDA, ist ein überzeugter Verfechter der Wertentscheidungen der Verfassung, eine ganz entscheidende Triebfeder seines Engagements, sich mit dem aufkommenden Rechtsextremismus und mit Programm und Aussagen ihrer Repräsentanten auseinanderzusetzen. Die Verleihung der Theodor-Heuss-Medaille im Januar 1990 war sichtbarer Ausdruck der öffentlichen Anerkennung.

## **Hubert Gartz, Stellvertretender Bundesvorsitzender der DAG**

Hubert Gartz ist am 27. September 1939 in Trier geboren, verheiratet, ein Sohn; erlernter Beruf: Kaufmann im Groß- und Außenhandel.

Mitglied der CDU und CDA seit 1962 (nach einer „Schnupperzeit“ bei der Jungen Union in Trier).

Gewerkschaftssekretär der DAG ist er seit dem 1. Dezember 1960. Die Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär der DAG erfolgte in einem zweijährigen Volontariat in

*Manche Politiker tun so, als sei die Tarifautonomie Ausfluß sozialistischer Bestrebungen, die mit dem Untergang der kommunistischen Systeme auf den Müllhaufen der Geschichte gehörten. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Tarifautonomie in der Sozialen Marktwirtschaft ist Ausfluß ordnungspolitischer Vorstellungen, die zutiefst in der christlichen Soziallehre wurzeln. Die Betroffenen können ihre Angelegenheiten am besten selbst und miteinander lösen, und niemand darf ihnen hereinreden, der weiter weg ist von den Problemen. Die großen gesellschaftlichen Einheiten müssen ihre Ressourcen dafür einsetzen, daß die kleinen Einheiten ihre Probleme selbst lösen können. Mehr als 40 Jahre Tarifgeschichte in der Bundesrepublik haben diese banale Erfahrung eindrucksvoll bestätigt.*

**Regina Görner, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands und Mitglied der CDU, Referat am 14.11.1992 auf der Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft christlich-sozialer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter**



Wilhelmshaven, Bremerhaven und Hannover. In Hannover begann seine Tätigkeit als Sekretär im DAG-Bezirk Hannover und nach drei Jahren als Mitglied der Landesverbandsleitung Niedersachsen-Bremen in der Funktion des Landesberufgruppenleiters „Kaufmännische Angestellte“. In dieser Funktion war er zuständig für die Tarif-, Betriebs- und Berufspolitik der Beschäftigten im Handel und der kaufmännischen Angestellten der Industrie in ausgewählten Wirtschaftsbereichen.

1972 erfolgte die Wahl zum Bundesberufgruppenleiter „Kaufmännische Angestellte“. In dieser Funktion — die er bis 1987 innehatte — war er zugleich Mitglied des Beirates der DAG.

1987 wurde er vom DAG-Bundeskongreß zum Mitglied des DAG-Bundesvorstandes gewählt. Sein Geschäftsbereich umfaßt die Mitglieder im „Privaten Dienst“. In diesem Ressort faßt die DAG ihre Mitglieder im Handel, der Luftfahrt, Schifffahrt und in den sonstigen privaten Diensten (ausgenommen Versicherungen und Banken) zusammen. Er vertritt in seinem Ressort die Mitgliederinteressen in der Tarif-, Betriebs- und Berufspolitik.

Auf dem DAG-Kongreß 1991 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der DAG gewählt.

## Jürgen Radloff, Generalsekretär der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP)

Jürgen Radloff (52), gebürtiger Berliner, ist der deutschen Hauptstadt bei seiner Berufswahl treu geblieben; er wurde 1960 Schutzmann in Berlin und ist heute Polizeihauptkommissar.

Seine gewerkschaftliche Karriere begann als Vertrauensmann der GdP in einem Polizeirevier; sein gewerkschaftliches „Zuhause“ ist seit 1978 der Vorstand der GdP-Bezirksgruppe Direktion 4; dem Landesbezirksvorstand gehört er seit 1975 an, von 1986 bis zum Mai 1994 als 1. stellvertretender Landesvorsitzender.

Auf der GdP-Bundesebene vertrat er seinen Landesbezirk seit 1979 im Fachausschuß Schutzpolizei und wurde 1982 Mitglied des Bundesvorstandes. Auf dem Kongreß 1986 in Mannheim wählten ihn die Delegierten in den Geschäftsführenden Bundesvorstand, dem er bis zum November 1994 angehörte.

Jürgen Radloff ist seit 1975 in der Personalvertretung tätig, und zwar vom Vorsitz des Personalrates Tempelhof über die Mitgliedschaft im Gesamtpersonalrat Berlin; inzwischen ist er seit mehr als 14 Jahren Vorsitzender des Personalrats der Direktion 4. Seine reichen dienstlichen und gewerkschaftlichen Erfahrungen nutzte er als ehrenamtlicher Richter beim Verwaltungsgericht, bei der Einigungsstelle, beim Disziplinargericht und seit 1988 bis heute beim Oberverwaltungsgericht Berlin.



Sein Eintreten für seine Heimatstadt wird nicht zuletzt durch die Betreuung und Organisation von über 100 Berlin-Seminaren mit insgesamt über 3.000 Teilnehmern aus den Polizeien der Bundesländer zwischen 1986 und 1990 deutlich. Er ist CDU-Mitglied und seit 1988 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der GdP-Gewerkschafter in der CDA. Seit dem gleichen Datum ist Jürgen Radloff Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer DGB-Gewerkschafter.

Auf internationaler Ebene hat Jürgen Radloff seit 1989 das Amt des Generalsekretärs der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP), dem Zusammenschluß von 17 europäischen Berufsorganisationen der Polizei mit über 400.000 Mitgliedern, inne.

## **Peter Jansen, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates der DAG**

Peter Jansen wurde am 16. Januar 1929 geboren. Er ist verheiratet und hat ein Kind. 1955 wurde er zunächst Mitglied der Jungen Union, seit 1960 ist er Mitglied der CDU und der CDA. Am 1. Dezember 1945 wurde er Gewerkschaftsmitglied und trat am 30. September 1953 in die DAG ein. Peter Jansen hat nach 1945 engagiert am Wiederaufbau der Gewerkschaften und der CDU mitgearbeitet.

Seinen Berufsweg hat er 1946 mit einer Lehre als technischer Zeichner begonnen. Seine Stationen führten ihn von der Ingenieurausbildung in Köln, zur Tätigkeit als Ingenieur bei der Eisenbahnverkehrsmittel AG (1952-1957), als Ingenieur bei der Hoechst AG, Werk Knapsack (1957-1993), als Betriebsrat bei Hoechst AG von 1965-1993 bis hin zur Mitgliedschaft im Gesamtbetriebsrat sowie zur Mitgliedschaft im Pensionskassenvorstand bzw. der Vertreterversammlung.

Seine ehrenamtlichen Tätigkeiten umfassen die Mitgliedschaft in der CDU-Fraktion im Stadtrat Wesseling seit 1965, die Kreistagsmitgliedschaft im Erftkreis seit 1976 sowie die Mitgliedschaft des Bezirksplanungsrates in Köln. Auch als ehrenamtlicher Richter am Bundesarbeitsgericht in Kassel und als Vorsitzender der Vertreterversammlung der DAK ist er ebenso engagiert tätig wie als Mitglied der Vertreterversammlung der BfA und als Mitglied des Vorstandes der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie.

Peter Jansen hat nach 1945 engagiert am Wiederaufbau der Gewerkschaften und der CDU mitgewirkt.

Über sein Engagement im politischen und gewerkschaftlichen Bereich hinaus hat er Aufgaben im Sozialversicherungswesen übernommen. Für seine Verdienste wurden ihm das Bundesverdienstkreuz am Bande 1. Klasse und das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Außerdem ist er Ehrenringträger der Stadt Wesseling.



## Gerhard Renner, Mitglied des Bundesvorstands der DAG

Gerhard Renner ist seit 1987 Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — DAG — und Leiter des Ressorts Banken, Sparkassen, Versicherungen.

Seit 1966 ist Gerhard Renner ehrenamtliches DAG-Mitglied. Seine hauptamtliche DAG-Tätigkeit, u.a. als Landesjugendleiter und Leiter der Abteilung Presse, Werbung, Organisation und Sozialpolitik des DAG-Landesverbands Nordrhein-Westfalen begann am 1. Oktober 1969.

Seine berufliche Tätigkeit führte ihn vom 1. Juli 1979 als Referent beim DAG-Bundesvorstand im Bereich der Bundesberufsgruppe Banken und Sparkassen, über die Funktion des Leiters der DAG-Bundesberufsgruppe Banken und Sparkassen hin zur Verhandlungsführerschaft bei den Banken-Tarifverhandlungen. Hier ist zu erwähnen, daß 1984 im Bankgewerbe, noch vor Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes, der erste Vorruhestandstarifvertrag abgeschlossen wurde. Dieser Vertrag gilt als einziger bis zum heutigen Tage in diesem Bereich.

Anläßlich des 14. DAG-Bundeskongresses im Herbst 1987 wurde er erstmalig in den DAG-Bundesvorstand gewählt. Damit verbunden ist die Übernahme der Verhandlungsführung bei den Versicherungstarifverhandlungen. 1994 wurde im Versicherungsgewerbe der erste flächendeckende Tarifvertrag über Fahrtkostenzuschuß bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel abgeschlossen. Damit konnte ein wichtiger Beitrag in Sachen Umweltschutz initiiert werden.

Der heutige Aufgabenkatalog reicht vom Tarifgeschäft bis in den betriebspolitischen Bereich hinein (Schulung von Betriebsräten, Teilnahme an betrieblichen Veranstaltungen und Beratung bei besonderen Anlässen).

Seit 1983 ist er Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG sowie seit 1988 Mitglied des Aufsichtsrates der Allianz AG (Holding). Außerdem betätigt er sich seit 1974 als Mitglied in der Selbstverwaltung der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft.



*Von besonderem Wert für unsere soziale Ordnung und für den Erfolg unserer Wirtschaft ist die soziale Partnerschaft. Ein Vergleich mit vielen anderen Industrieländern zeigt, wie hoch die produktive Kraft des sozialen Friedens einzuschätzen ist. Zur sozialen Partnerschaft in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft gehören vor allem Mitbestimmung, Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Tarifautonomie.*

*Die Tarifautonomie ist ein wichtiger Faktor unseres sozialen Friedens. Die Idee der Partnerschaft erfordert funktionsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Die Tarifpartner tragen besondere Verantwortung für Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Wachstum und damit für das Gemeinwohl. Zu den grundlegenden Elementen unserer sozialen Ordnung gehören ferner ein wirksamer Arbeitnehmerschutz, die Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer und die soziale Partnerschaft ebenso wie die Gleichberechtigung von Frau und Mann.*

**Grundsatzprogramm der CDU,  
Kap. III, Ziff. 69.**